

# Hohenstein-Ernstthaler Anzeiger

## Tageblatt

### für Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Bersdorf,

Lugau, Wüstenbrand, Ursprung, Mittelbach, Hermsdorf, Bersdorf, Langenberg, Falken, Meinsdorf u. s. w.

Dieses Blatt erscheint mit Ausnahme der Sonn- und Festtage täglich Nachmittags. — Zu beziehen durch die Expedition und deren Aussträger, sowie alle Postanstalten.  
Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 1 Mk. 25 Pfg. incl. der illustrierten Sonntagsbeilage.

Redaction und Expedition:  
Bahnhofstraße 3 (nahe dem R. Amtsgericht).  
Telegramm-Adresse:  
Anzeiger Hohenstein-Ernstthal.

Insertionsgebühren: die fünfgespaltene Corpuzzeile oder deren Raum für den Verbreitungsbezirk 10 Pfg., für auswärts 12 Pfg., Reclame 25 Pfg. Bei mehrmaliger Aufgabe Rabatt.  
Annahme der Inserate für die folgende Nummer bis Vorm. 10 Uhr. Größere Anzeigen Abends vorher erbeten.

Nr. 301.

Sonnabend, den 28. Dezember 1901.

28. Jahrgang.

### Bekanntmachung.

Da demnächst die Rechnungen der einzelnen Kassen auf das Jahr 1901 abgeschlossen werden sollen, werden diejenigen Gewerken und Lieferanten, welche Leistungen oder Lieferungen für die Stadtgemeinde bewirkt haben, aufgefordert, nunmehr ungefümt die noch etwa ausstehenden Rechnungen einzureichen. Laut Rathsbeschluß sollen diejenigen, welche die Rechnungen bis spätestens

zum 15. Januar 1902 nicht eingereicht haben werden, Arbeiten oder Lieferungen im Jahre 1902 nicht bekommen.

Hohenstein-Ernstthal, den 27. Dezember 1901.

Der Stadtrath.  
Dr. Volster,  
Bürgermeister.

### Tagegeschichte.

#### Deutsches Reich.

Der Kaiser machte auch diesmal wieder seinen gewohnten Weihnachtspaziergang durch die Straßen der Stadt und den Park von Sanssouci, dabei jeden ihm Begegnenden mit einem Geldgeschenk erfreuend. Am Eingange zum Park stand ein Geschwisterpaar im Alter von 5 und 3 Jahren, welches den Kaiser durch Knixen und Müheabnehmen grüßte und jedes ein blankes Fünfmärkstück erhielt. Ebenso wurden die Wächtposten, auf welche der Kaiser bei seinem Rundgange traf, mit einem Geldgeschenke bedacht, wobei der Kaiser einzelne Fragen nach Name, Civilberuf u. s. w. an die Betreffenden richtete.

Das Pariser „Memorial Diplomatique“ veröffentlicht eine Information, wonach zwischen König Eduard, Kaiser Wilhelm II. und dem Kaiser Franz Josef Mitte Februar nächsten Jahres eine Zusammenkunft vereinbart ist. In dieser sollen grundlegende Entschlüsse zur Aufrechterhaltung von Frieden, Ordnung und Sicherheit in Europa gemeinsam berathen werden.

Zum Krosigkprozeß meldet das „Berl. Tageblatt“: „Major Ziermann vom Stabe des 11. Dragonerregiments ist zur Disposition gestellt und zum Bezirksoffizier und Pferdevermüsterungscommissar in Aachen ernannt worden. Major Ziermann ist derjenige Offizier, der als Mitglied des Oberkriegsgerichts gegen Marten in Gumbinnen mit entschieden und im Laufe der Verhandlung wiederholt persönlich durch bestimmte scharfe Fragen eingegriffen hat. Außerdem hat die Vertheidigung in der Revisionschrift als Hauptgrund angeführt, daß die Berufung des Majors Ziermann in das Oberkriegsgericht gegen die gesetzlichen Bestimmungen verstößt, da die Mitglieder des Oberkriegsgerichts am Anfange des Kalenderjahres ernannt werden müssen.“

Verhinderung amtlicher Schriftstücke. Die Berliner Strafkammer verhandelte gegen den ehemaligen geheimen Kanzleidiener des Kultusministeriums Boigt, der in den Jahren 1894 bis 1901 an den nach London geflüchteten Journalisten Dr. Hamburger gegen Entgelt Mittheilungen lieferte. Boigt war im Sommer in Haft genommen worden; als sich aber nicht feststellen ließ, daß er bei einem Vertrauensbruch in der Zolltarifangelegenheit seine Hände im Spiel hatte, wurde er gegen 5000 Mk. Kaution freigelassen. Der Angeklagte bestritt entschieden, sich in betreff des Zolltarifentwurfes eines Vertrauensbruches schuldig gemacht zu haben, räumte dagegen ein, Hamburger gegen Entgelt Mittheilungen anderer Art gemacht zu haben. Er theilte Hamburger jedes Mal am Tage vorher mit, wenn eine Sitzung des Staatsministeriums anberaumt war, und lieferte ihm vor sechs Jahren auf sein Ersuchen gewisse Druckschriften, welche vom Bundesrath an das Kultusministerium geschickt wurden. Am nächsten Morgen brachte Frau Hamburger die Druckschriften zurück. Er habe im Ganzen etwa 400 Mk. von Hamburger bekommen. Der Gerichtshof erkannte auf drei Monate Gefängniß und auf Einziehung der 400 Mk.

Deutschland und Rußland. Die „Münch. Allg. Ztg.“ schreibt anscheinend officiös: Die Anwesenheit des Großfürsten-Thronfolgers von Rußland in

Potsdam hat unter Formen stattgefunden, die ein deutliches Symptom der guten Beziehungen des Reiches zu Rußland sind. Das ist umso mehr zu beachten, je größere Mühe sich die Centrumpresse giebt, unter Verweisung auf russische Pressstimmen den Breschener Prozeß als Quelle internationaler Gefahren für Deutschland, insbesondere nach russischer Seite hin, auszugeben. Von einer derartigen Ueberschätzung gereizter Artikel in den Organen des Panславismus sollten einige Erwägungen längst bekannter Natur abhalten. Zunächst weiß man, daß die russische Regierung die russische Presse für die in Bezug auf die innere Politik Rußlands zu beobachtende Vorsicht dadurch entschädigt, daß sie ihr in der Regel betreffs der auswärtigen Politik Schimpffreiheit gewährt. Dann fällt die praktische Bedeutung der in Zeitungen vertretenen öffentlichen Meinung Rußlands im Vergleich zum Willen des russischen Herrschers nicht ins Gewicht; das hat Fürst Bismarck in seiner berühmten Rede vom 6. Februar 1888 sehr drastisch ausgesprochen. Endlich darf man nicht vergessen, welche Elemente in nicht geringem Maße in den russischen panslawistischen Zeitungen zu Worte kommen.

Dem „Bromberger Tageblatt“ wird aus Breschen geschrieben: Auch hier beginnt man polnischereits mit der Boykottirung der Deutschen. Kürzlich erschien in den Geschäftsräumen eines hiesigen deutschen Kaufmannes ein Pole und rief den dort anwesenden Kunden mit Stentorstimme zu: „Bei diesem Niemie (Deutschen) lauft Ihr?“ Lehrer K. hat einen Löpfer vergebens, zu ihm zu kommen, um einen Ofen zu repariren. Für ihn habe er keine Zeit, bekam K. zur Antwort. Theilweise sind aber die Deutschen selbst schuld an den trostlosen Verhältnissen. Ihre Laune ist schier zum Verzweifeln. Am Mittwoch fanden zum Beispiel die Stadtverordnetenwahlen statt. Wohl fand am Abend vorher für die Wähler der ersten und zweiten Abtheilung eine Versammlung statt, nicht aber für die dritte Abtheilung. Auf diese hatte man ganz vergessen. Als etliche zufällig anwesende Wähler der dritten Abtheilung die Aufstellung deutscher Kandidaten in lechterer verlangten, war man geradezu erstaunt. Man wende nicht ein, daß die Sache sowieso aussichtslos gewesen wäre. Jeder Deutsche muß eben seine Pflicht thun. Der Pole kann ihm bei solchen Gelegenheiten als Vorbild dienen. Da die Namen der aufgestellten deutschen Kandidaten nicht mehr rechtzeitig bekannt gegeben werden konnten, so war der Wahlerfolg ein vollständig negativer. Von 170 deutschen Wählern der dritten Abtheilung übten nur 26 ihr Wahlrecht aus. Es ist durchaus nötig, daß für deutsche Handwerker gesorgt wird. So giebt es hier keinen deutschen Fleischer, Schuhmacher, Schlosser, Schmied, Löpfer, Maler. — Wie weit übrigens die Renitenz der Schulkinder geht, beweist der Umstand, daß sich jetzt bereits Kinder von Postbeamten weigern, in deutscher Sprache zu antworten.

In einer Versammlung des Volksvereins für das katholische Deutschland in Westfalen hat der Abgeordnete Frizen vom Centrum sich dahin ausgesprochen, daß Getreidezölle von 7,50 Mk. von der Regierung nicht acceptirt werden. Die Wähler müßten sich auf Ueberraschungen gefaßt machen und auf dem Posten sein, sich auf Neuwahlen vorzubereiten. Ferner wird

ein interessanter Briefwechsel zwischen dem Grafen von Spee, dem Vorsitzenden des Rheinischen Bauern-Vereins, und dem Abg. Müller-Fulda vom Centrum bekannt. Graf v. Spee erbat von Herrn Müller eine Auskunft darüber, ob es wahr sei, daß er es in einer Versammlung als gewissenlos bezeichnet habe, wenn man den Landwirthen einen Zollsatz von 7 Mk. 50 Pfg. vorkaufele. Die christlichen Bauern-Vereine müßten diesen schweren Vorwurf auf sich beziehen und gegen ihn auf das Allerentschiedenste protestiren. Abg. Müller giebt in seinem Antwortschreiben zu, eine derartige Aeußerung gethan zu haben, sucht aber ihre Tragweite durch folgende Bemerkungen einzuschränken: „Die fragliche Aeußerung hat auf die Beschlüsse des Rheinischen Bauernvereins nicht den mindesten Bezug. Ich bestreite dem Verein, seinen Führern, überhaupt allen Produzenten, keineswegs das Recht, ihre Wünsche in vollem Umfange geltend zu machen, halte dies sogar angesichts der gegnerischen Agitation, welche die Aufhebung aller Schutzzölle anstrebt, für ganz zweckmäßig. Meine Bemerkung zog sich lediglich auf diejenigen, welche, obwohl ihnen die Verhältnisse und das Maß des Erreichbaren ziemlich genau bekannt sind, doch den Glauben zu erwecken suchen, als brauchten die Abgeordneten nur den guten Willen zu zeigen, dann würde ein derartiger Zollsatz auch Gesetz werden.“

Der „Asiatische Lloyd“ schreibt: „Nach den neuesten Nachrichten, die aus der Umgebung des Hofes und der General-Gouverneure im Zantsehal kommen, sieht die politische Lage in Nordchina heute nicht mehr ganz so trübe aus wie bisher. Wir selbst können uns auch heute noch zu keiner allzu optimistischen Auffassung der Dinge entschließen. Indessen müssen wir anerkennen, daß die Lehre, die China im Laufe des letzten Jahres ertheilt worden ist, doch nachhaltiger gewirkt zu haben scheint, als man bisher allgemein annehmen zu dürfen glaubte. Wesentlich in dieser Hinsicht ist es, daß der Bruch zwischen der Kaiserin-Witwe einer- und dem Prinzen Tuan und seinem Anhang andererseits endlich vollständig zu sein scheint. Ein nicht mißzuverstehendes Zeichen dafür, daß heute endlich die General-Gouverneure des mittleren und südlichen Chinas das Ohr der Kaiserin-Witwe haben, ist auch die abermalige Zurückweisung des manschurischen Vertrages gewesen. Es ist bekannt, daß vor allem Sunjunt und Tschangtschung vor diesem gewarnt haben; aber es schien bis vor kurzem fraglich, ob ihr Wort am Hofe schwer genug wäge; die Ereignisse der letzten Wochen haben aber ergeben, daß Befürchtungen in dieser Beziehung unbegründet waren. Ein weiteres Anzeichen eines Umschwunges in der Stimmung des Hofes ist in dem Empfang des Prinzen Tsching in Kaifongsu zu erblicken. Prinz Tsching steht unter den direkten Einbrücken des Verkehrs mit den Vertretern der fremden Mächte, und er ist am Hofe ein bereiteter Anwalt der Partei, die auf die sofortige Rückkehr des Hofes nach Peking und eine weitere Annäherung Chinas an das Ausland drängt. In demselben Sinne dürfte binnen kurzem auch Prinz Tschun beim Hofe wirken, wenn er seinem kaiserlichen Bruder über das Verdict erlassen wird, was er auf seiner Fahrt nach Deutschland gesehen und gelernt hat. Mit der Rückkehr des Hofes nach Peking würde unseres Erachtens das Tafelbuch